

Im Zentralstaat zur Provinz degradiert

WARUM TIROL NACH 1665 ZUNEHMEND AN BEDEUTUNG VERLOR, DER LANDTAG NICHTS MEHR ZU SAGEN HATTE UND DIE REGIERUNG IN WIEN MIT IHREN MASSNAHMEN ÄRGER UND UNWILLEN AUSLÖSTE.



Foto: Christian Forcher

Innsbrucks Triumphpforte aus den Jahren nach 1765:
Fürstlicher Glanz in einem zur Provinz degradierten Land

Voll zum Durchbruch kamen Zentralismus und Absolutismus unter Maria Theresia (1740–1780). Ihr Vater, Kaiser Karl VI., hatte die habsburgischen „Erbländer“ als unteilbar erklärt und die weibliche Erbfolge ermöglicht („Pragmatische Sanktion“). Im Zuge der Reform der österreichischen Verwaltung wurden die Hauptbehörden der einzelnen Ländergruppen in allen Belangen den Wiener Zentralstellen untergeordnet. Und das nicht ohne Grund: Die meisten längst notwendigen Neuerungen in Politik, Wirtschaft und Kultur konnten sinnvoll nur auf gesamtstaatli-

cher Ebene durchgeführt werden. Letztlich waren viele fortschrittliche Initiativen der Regierung, zum Beispiel auf dem Gebiet des Schulwesens und der Justiz, auch für Tirol segensreich. Aufgeschlossene Tiroler sahen das auch ein. Doch allgemein wuchs die Verärgerung über die von Wien diktierten Maßnahmen. Nach 1780, unter Joseph II., sollte es noch ärger werden. Zahlreiche seiner Neuerungen im öffentlichen und

religiösen Leben widersprachen der konservativen Gesinnung weiter Bevölkerungskreise. Unzufriedenheit und Unmut nahmen derartige Ausmaße an, dass der Kaiser einige der verhassten Maßnahmen zurücknehmen musste. Der Tod des Kaisers im Jahr 1790 und der Regierungsantritt seines Bruders Leopold II. brachten eine Wende der Wiener Politik gegenüber den Ländern. Leopold berief sogar die Vertreter aller vier Stän-

de wieder zu einem offenen Landtag. Über 500 Abgeordnete nahmen daran teil. Die vorgebrachten Forderungen zielten vor allem auf eine Wiederherstellung der alten Landesverfassung. Die Ständevertretung wollte mehr Einfluss darauf haben, wie Tirol regiert wird.

Die allgemeine Abneigung gegen den Zentralismus brachte Graf Lodron in seiner Rede deutlich zum Ausdruck, wobei er u.a. auf das Argument einging, auch andere österreichische Länder hätten eine Minderung ihrer Rechte im Interesse des Gesamtstaates hinnehmen müssen: „Was geht das den Tiroler an, was in Böhmen, Mähren und in anderen Staaten geschehen ist? Die Tiroler haben ihre eigenen Rechte, ihre eigene Verfassung, ihr eigenes Land. Es ist bloß zufällig, dass ihr Fürst auch andere Staaten beherrscht. Es ist zwar schmeichelhaft für sie, dass sie einen so großen Monarchen, einen Beherrscher so vieler Provinzen zu ihrem Regenten, zu ihrem Beschützer haben; allein sie wollen diese Ehre nicht so teuer, nicht mit dem Verlust ihrer Fundamentalgesetze bezahlen.“

Aber die Tage der Tiroler Verfassung waren ohnehin gezählt, denn im Verlauf der Napoleonischen Kriege fiel Tirol an Bayern, das mit allen Traditionen brach. Der von Wien aus kräftig geschürte Unwille der Tiroler gegen das neue Regime mündete in den bekannten, nur zeitweilig erfolgreichen Aufstand, an dessen Höhepunkt der Passeirer Sandwirt Andreas Hofer mehrere Wochen lang als Regent „im Namen des Kaisers“ fungierte.

Die Rückkehr zu Österreich im Jahr 1814 brachte große Enttäuschungen, weil der Kaiser und die Wiener Regierung nicht daran dachten, die Tiroler für ihre Treue und ihren teuer bezahlten Einsatz zu belohnen, sondern das Land wie eine eroberte Provinz behandelten und alle Wünsche nach Erleichterung im Steueraufkommen und Aufwertung des Landtags vom Tisch wischten.

Die Einführung einer liberalen Verfassung für das österreichische Kaiserreich 1859/60 mit Wahlen in die Landtage und in das Parlament, den Reichsrat, brachte zwar manche Verbesserungen im Verhältnis der Kronländer zur Zentralregierung, doch Zufriedenheit zog deshalb noch lange nicht ein. In Tirol waren es vor allem kultur- und kirchenpolitische Probleme und staatsrechtliche Fra-



Illustration: Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum

Turbulente Szene während der Sitzung des Tiroler Landtags vom 9. März 1876 (Zeichnung eines unbekannten Sitzungsteilnehmers). Damals verließen die konservativen Abgeordneten aus Protest gegen die Verletzung der Landesrechte durch die Wiener Regierung den Saal, was zu Handgreiflichkeiten und einem veritablen Politskandal führte. Der Kaiser löste daraufhin die Tiroler Volksvertretung auf und zwar „wegen pflichtwidrigen Benehmens der Mehrheit seiner Mitglieder“.

gen, um die es den beiden Blöcken der Liberalen und der Konservativen ging. Die konservative Landtagsmehrheit in Tirol wollte sich nämlich nicht von der liberalen Mehrheit im österreichischen Reichsrat in Wien Gesetze aufzwingen lassen, die dem eigenen Standpunkt widersprachen und die man aus weltanschaulichen Gründen ablehnen zu müssen. So gab es seit 1861 wiederholt Proteste gegen Änderungen der Verfassung und Regierungsbeschlüsse, die nach Meinung der Konservativen die Stellung Tirols schmälerten.

Statt zu einer Lockerung des Verhältnisses der Länder zum Staatsganzen kam es jedoch 1873 zu einer Aufwertung des Parlaments durch die Einführung der direkten Volkswahl der Mitglieder des Reichsrats, die bisher von den Landtagen entsandt worden waren. Die konservative Tiroler Landtagsmehrheit legte dagegen eine Rechtsverwahrung ein: „Das Land Tirol ist an das durchlauchtigste Haus Habsburg gekommen unter feierlicher Gewährleistung seines besonderen

Landesrechtes.“ Dieses Landesrecht sei wiederholt anerkannt worden, auch in der gültigen Verfassung, nach der „dem tirolischen Landtage das Recht der Mitwirkung an den gemeinsamen Angelegenheiten des Reiches zusteht. [...] Durch das Gesetz vom 2. April 1873 jedoch wurde die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten einer Körperschaft überwiesen, die nicht aus den Delegationen der Landtage der verschiedenen Königreiche und Länder, sondern aus direkt gewählten Vertretern einzelner willkürlich bestimmter Wahlkreise besteht. Hiedurch wurde ohne Mitwirkung des tirolischen Landtags, ja gegen seine wiederholt ausgesprochene Rechtsverwahrung [...] die Verfassung Tirols in einer ihrer vitalsten Beziehungen gebrochen.“ Alle Proteste halfen nichts, das Rad der Zeit ließ sich nicht zurückdrehen. Außerdem änderten die Konservativen in Tirol ihre Einstellung zum Reichsrat und zur Zentralregierung, als dort ihre Parteigenossen mehr Einfluss gewannen. ■

Michael Forcher